

Dresdner Volkszeitung

Vollständigste Ausgabe
Sachsen & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden
und Köchliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bestellpreis: 20 Pf. pro Jahr, 1 Pf. pro Nummer
Abonnement: 20 Pf. pro Jahr, 1 Pf. pro Nummer
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Zentrale: Wettinerplatz 10, Dresden
Telefon: 12 111 bis 12 112
Verlagsleiter: Wettinerplatz 10, Dresden
Telefon: 12 111 bis 12 112

Einzelheftpreis: 20 Pf. pro Jahr, 1 Pf. pro Nummer
Abonnement: 20 Pf. pro Jahr, 1 Pf. pro Nummer
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Nr. 282

Dresden, Sonnabend den 4. Dezember 1926

37. Jahrg.

Der Sieg des Volkeigens

Das Schmutz- und Schundgesetz mit 250 gegen 158 Stimmen angenommen - Die Demokraten halb und halb Sozialdemokratischer Protest im Namen der Kultur - Der neue Bürgerblock

H. F. Die Würfel sind gefallen! Das vielumtriebene Gesetz gegen Schmutz und Schund, das in den letzten Wochen und Monaten starke Proteste der ganzen modernen Kulturwelt Deutschlands hervorrief, ist vom Reichstag angenommen. Bei der zweiten Lesung sahen es, als seien die bürgerlichen Parteien etwas durcheinander gekommen. Da blieben die Tragzieher zum Sammeln. Es war eine Stunde zu spät, dieses Kompromiß, das in letzter Stunde zustande kam, um das Gesetz zu retten. Da fand man - in der Hora der angeblichen „Tuchfühlung“ mit links! - ein ausgewachsenes Volk der Rechten, mit dem Herr Müll gegen den Linksblock siegte, der in geschlossener Front gegen ihn kämpfte. Deutschnationale, Völkische, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung traten sich zusammen. Die Demokraten entzweiten sich in der dritten Lesung der Abstimmung.

Die Vorlage ist vom 6. August 1925 datiert. Damals war der Deutschnationale Schiele Innenminister. In seinen und langen Sitzungen wurde ein Bildungsausschuß um das Gesetz geküßt. Das Plenum des Reichstages sollte sich in fünf Sitzungen damit beschäftigen. Am ersten Freitag unternahm die Linke den letzten energischen Versuch gegen das Gesetz. Er mußte vergeblich sein, da sie gegenüber einer geschlossenen und sicheren Mehrheit der Rechten gegenüberstand. Immerhin wird diese Sitzung denkmalhaft und von geschichtlicher Bedeutung bleiben! Unsere Redner Freytag, Löwenstein und Fleißner sagten kurz und deutlich noch einmal, was an durchschlagenden Gründen für die Gegner der Vorlage vorzubringen war, die wegen der parlamentarischen Konstellation in der Sache auch politisch bedeutsam ist. Damit, daß die sozialdemokratische Fraktion vor der Schlussabstimmung eine offizielle, schriftlich festgelegte Erklärung, vorgelesen vom Generalsekretär, abgab, ist die große Bedeutung, die wir der Sache beilegen, noch besonders unterstrichen. Diese Erklärung wurde von dem hartbesetzten Saal bei dichtgefüllten Tribünen mit gespannter Aufmerksamkeit angehört und von demokratischem Beifall der Sozialdemokraten begleitet. Es war so etwas wie ein „großer Tag“ des deutschen Reichsparlaments!

Man hat die stark angefochtenen Landesprüfstellen in Reichsprüfstellen umgewandelt. Das ist jedoch nur eine Scheinlösung. Der maßgebende Einfluß der Länder bleibt gewahrt, indem das „Einvernehmen“ mit ihnen vorgeschrieben ist. Mit dieser Formel wurde wohl die Zustimmung der Bayerischen Volkspartei erzielt. Das sagt alles! Die Reichsprüfstellen bestehen dem Namen nach, der Name ist Scholl und Raue.

Die sogenannte Oberprüfstelle soll nicht nach dem Zentrum Berlin verlegt, sondern in Leipzig errichtet werden. Eine weitere Konzession an die Rechte, von der die „Berliner Atmosphäre“ als nicht geeignet bezeichnet wurde. Leipzig erscheint der Reaktion zweckmäßiger. Ein totales Kompliment für Sachsen!

Wanderlei Zwischenfälle in der Erörterung sucht und bezeichnend. So der Vorstoß der preussischen Regierung gegen die Vorlage bei der zweiten Lesung mit der eventuellen Ankündigung des Einspruchs beim Reichstag. Darauf am andern Tage eine Erklärung der bayerischen Regierung gegen Preußen. Bayern als Hilfsarmee für Müll! Eine wunderbare Situation für Demokraten!

Erstmalig ist, mit welcher Zähigkeit der Reichstagen-Mehrheit Müll trotz heftigen und wohl begründeten Widerstandes an diesem „Wachposten“ festgehalten hat. Ganz ohne Not zum Kriterium einer Regierungskrise sollte es im Falle der Ablehnung nicht werden. Das hat Herr Müll selbst schon wohl im Namen der Regierung? - wiederholt erklärt. Nach der zweiten Lesung, die die Ablehnung von zwei Kameraden ergab, ohne die das Gesetz nicht anwendbar war, wurde dem Minister von vielen Seiten, auch aus den Reihen seiner Partei, der gute Rat gegeben, die Vorlage abzuziehen. „Das Gesetz ist gefallen, in die Volkskammer mit dem Scheitern“, so trieb die Völkische Fraktion. Dieses einflussreiche demokratische Blatt hatte schon vorher in einem sehr ablehnenden Leitartikel vom 1. Dezember gestellt. „Wozu, Herr Müll?“, so wurden die einflussreichen Vorhaltungen demonstriert überstrichen, die in diesem Artikel gemacht waren. Rechnet die ganze demokratische Presse. Zeiten dürfte es vorkommen, daß ein Minister die ganze Breite seiner Partei zu gegen sich hat. Was aber die eigene Partei? Wenn die demokratische Partei so trotzig und trotzig wagt und ihren Widerstand nicht so deutlich zu erkennen gab, so wollte sie eben in dem Minister den Parteiman schmeicheln und seine Amtsverwaltung nicht allzusehr diskreditieren.

Diese Haltung vor Schlawigkeit! Die Demokraten mühten Herrn Müll veranlassen, die Vorlage nach der zweiten Lesung zurückzuziehen. Das wäre ein einigermaßen geordneter Rückzug gewesen, der sich leben lassen konnte. Diffosigkeit ist in diesem Falle viel weniger ein Zeichen von Mut, als es ein Zurückweichen vor der ganzen öffentlichen Kulturmeinung gewesen wäre, die deutlich genug gebrochen hatte. Walter von Moso brandmarkte noch kurz vor der endgültigen Entscheidung im Sinne der gesamten fortschrittlichen geistigen Welt Deutschlands dieses Gesetz als eines „aus dem dunkelsten Mittelalter“. Und Wilhelm von Scholz, der Präsident der Literaturakademie, sagte sich bereit, als er in einer öffentlichen Erklärung schrieb: „Ja, ich habe den Verdacht, daß bei manchen Befürwortern des Gesetzes gerade diese Möglichkeit, das Gesetz zu Parteizwecken für Obskurantenwünsche gegen die Geistesfreiheit zu mißbrauchen, das ist, was ihre Begeisterung für den Entwurf geweckt hat.“

Das dürfte in der Tat einer der wundeften Punkte dieses Gesetzes sein! Aber ein guter „bergeitiger“ Republikaner und Demokrat läßt sich durch solche in Menge vorliegende Urteile kompetenter Persönlichkeiten und Kooperationen nicht verblüffen. Er verkennt tragelassen mit der ernstesten Miene, daß dieses Gesetz „ein Gesetz zum Schutze der Kunst“ sei. Er merkt nicht oder will nicht merken, daß ganz Europa über derartige Kunstschadensverständnisse in schallendes Gelächter ausbricht.

Ebenso werden die Ängere der Kultur

lächeln, wenn sie sehen, wie gut ein demokratischer Minister ihre Geschäfte befragt. Sie hatten im Reichstage schon einmal Gelegenheit dazu, da seinerzeit Herr Müll nach echter Hinterlistigkeit unter dem Beifall des Zentrums und der Rechten gegen die antikirchlichen Verordnungen des damaligen sozialistischen schlichten Volksbildungsministeriums sprach. Er tat es im Tone breiter Behaglichkeit und geschäftlicher Schadenfreude und ländigte damit gegen älteste Grundzüge der Demokratie, des Liberalismus des 18. Jahrhunderts.

So geht also ganz offenbar die geistige Modernität dieses Demokraten in der Richtung, die aus den Eingaben des kirchlichen Muderertums und von diesem beeinflussten kirchlichen Jungfrauen- und Jünglingsvereine spricht. Und wenn Herr Müll immer wieder nachdrücklich daran erinnert wird, daß die fehlende geistige Modernität der Demokratie und Kunst der reaktionären Willkür Tür und Tor öffnet, so entgegnet er gelassen: „Der ethische, normal empfindende Mensch fühlt, ob ein Erzeugnis Schmutz oder Schund ist.“ O über diesen genialen, unübersehbaren General-ethiker, demgegenüber die größten Geister der Gegenwart nicht „normal empfindende“ Stümper sind!

Zeigt dieser Fall nach alledem den ganzen Saal der gegenwärtigen Demokratie in ihrer geistigen Kulturverfassung an? Wir möchten es nicht glauben. Dann aber bleibt eben keine andere Erklärung übrig wie die, daß dieses Zensur- und Muderergesetz nur zum Gefallen der geistigen und politischen Reaktion gemacht und von einem demokratischen Minister bis zur Ermattung „durchgehalten“ wurde. Das aber ist ebenso schlimm, wenn

Ein schwarzer Tag für die deutsche Kultur

Beste sozialdemokratischer Warnruf

Der Abgeordnete Dr. David (Sag.) gab am Freitag im Reichstag vor der Beratung des Schmutz- und Schundgesetzes im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Der Reichstag steht vor einer ersten Entscheidung. Er will ein Gesetz verabschieden, das für das literarische und künstlerische Schaffen große Gefahren heraufbeschwört und daher den leidenschaftlichen Protest des geistigen Deutschlands nachgerufen hat. Und mit Recht! Gewiß ist die deutsche Jugend durch die wirtschaftliche Not der Zeit noch mehr als früher gefährdet. Keine Partei hat das so stark empfunden und so rechtzeitig erkannt wie die Sozialdemokratie, und von keiner Partei ist das Volk der Arbeiterjugend von jeher so entschlossen bekämpft worden wie von ihr. Es heißt aber nur eine Redensart, wenn man man mit großem gefeierten Aufwand einer gewissenlos an die Jugend herangetragenem Schundliteratur entgegentritt.

Dennach hätte die Sozialdemokratische Fraktion sich einer Bekämpfung der Schundliteratur, auch auf dem Wege der Gesetzgebung, nicht entzogen, wenn Sicherheiten gegeben wären, daß ein solches Gesetz sich wirklich nur gegen Schund und Schmutz und nicht gegen das freie geistige und künstlerische Schaffen richten würde.

Die Kunst bedarf der Freiheit, wenn sie gedeihen soll, sie erträgt nicht die Fesseln übertriebener oder zufälliger Zensur, diese gelangt einseitiger Moralbegriffe. Was heute der Durchschnittpunkt mit seinem angeblich normalen sittlichen Empfinden für schmutzig und unästhetisch hält, gilt oft genug in späteren Zeiten als natürlich und selbstverständlich. Der Künstler, der Dichter muß Dinge gestalten dürfen, vor denen der Durchschnittsbesitzer von heute noch verständnislos zurücktritt. Darum soll sich der Gesetzgeber hüten, der künstlerischen Schaffenslust Raum und Spiel anzulegen. Das aber geschieht durch den vorliegenden Gesetzesentwurf.

Vor aller Welt wollen wir in diesem letzten Augenblick noch einmal laut und deutlich feststellen: dieses Gesetz in seiner jetzigen Form ist eine tödliche Bedrohung von Literatur und Kunst! Nichts anderes als die künstlerische Schaffensfreiheit, dem man die Unstimmigkeit der Gesetzgebung zum Opfer gebracht hat, und der Welt einander Kleinmuttererei, der das lässlich unerbittliche Jugendumis verhängelichter Landesprüfstellen durchgesetzt hat, haben ihm ihren Stempel aufgedrückt.

Die Anhänger dieses Gesetzes bekräften diese Gefahr. Sie verlassen sich auf eine vernünftige Annahme der neuen Bestimmungen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat keinen Grund, diese Zuversicht zu teilen. Wir werden daher die Waffen, mit denen wir bisher das Gesetz und die dahinter verborgenen Absichten bekämpft haben, nicht aus der Hand legen. Wir werden auf der Wacht stehen, und wir sind sicher, daß das geistige Deutschland mit uns sein wird.

Eine Mehrheit für dieses Gesetz kann nur zustande kommen, wenn die Vertreter des alten Kulturliberalismus, des selbsteigentlich ungeschickten, die Vorgängerin dieses Gesetzes, der Lex Heinze, zu Fall zu bringen, ihre liberale Tradition preisgeben. Würde das Gesetz scheitern, so wäre nichts verloren, der gefährdeten Jugend kann auf andere und wirksamere Weise geholfen werden. Wird das Gesetz aber angenommen, so bedeutet der heutige Tag einen schwarzen Tag für die deutsche Kultur.

Rehrt der Zollblock wieder?!

Der Sozialdemokratische Reichstag hat am Freitag im Reichstag eine Sitzung mit so harter innerer Erregung verlaufen wie dieser Schlußtag des parlamentarischen Ringens um das Schmutz- und Schundgesetz, der geistige Freitag. Wieder wie in den Zeiten der Lex Heinze stellt sich deutsche Geistesfreiheit und deutsche Kunst unter den Schutz der Sozialdemokratie. Ihre geistigen Redner, Dr. Freytag und Dr. David, sprachen diesmal nicht nur für die Partei, unsere Redner waren die Hüter bester deutscher Kultur.

Wohlbekannt, das deutsche Volk hat andere Sorgen als neue Zensurgesetze zu erlassen. Daß vor einem Winter harter Not der Reichstag sich und die politische Lage mit einer solchen Gesetzgebung beschauen muß, dafür tragen die Regierungsparteien, Zentrum und Deutsche Volkspartei, die volle und die Demokraten eine teilweise Verantwortung. Die Deutschnationale aber wittern in diesem Gesetze das Balken ihres Stumpfsinns und haben sich darum freudig bei den Regierungsparteien eingeschaltet. Die Demokraten schwanken bis zuletzt. Bei der Gesamtbestimmung über das Gesetz haben sie die Abstimmung frei, die Mehrheit der Fraktion stimmt dagegen, ein Teil dafür, und eilige gingen verstimmt als Unzufriedene von dannen.

Eine kulturpolitische Mehrheit von den Deutschnationalen bis zur Zentrumspartei hat sich zusammengefunden. Ist es ein Einigkeitsschritt? Rehrt der Zollblock wieder? Hat das Drängen der Deutschnationalen und der meisten Volksparteier auf den Bürgerblock Erfolg?

Das sind die Fragen, die heute im Reichstag und in der Presse Berlins allgemein erörtert werden. Unmittelbar nach der entscheidenden Abstimmung vertrat sich das Haus auf kommenden Donnerstag. Und will schließlich, daß diese Tage politisch nicht ungenutzt bleiben dürfen. Die Sozialdemokratie kann sich nicht in dem Dämmerlichte parlamentarischer Verantwortlichkeit aufhalten. Ist es wirklich erst vierzehn Tage her, daß Verhandlungen zwischen dem Reichstag und unserem Fraktionsvorsitzenden über eine lose Hilfsabnahme von Fall zu Fall stattgefunden haben? Außerhalb der Partei redet man sogar von einer „Stiller Koalition“. Was ist davon noch übrig geblieben? Das Schundgesetz wird in scharfer Kampfschärfe gegen die Sozialisten mit einer Rechtsmehrheit gemacht. In der Arbeitszeitsfrage einigen sich die Regierungsparteien unter sich auf ein Programm und bezeichnen es als ihr äußerstes Entgegenkommen, unbefürwortet, wie der Inhalt dieser Abmachungen auf die Sozialdemokratie und die größten deutschen Gewerkschaften wirken muß. In der Zollfrage aber lassen sie man nach rechts hin volle Klarheit zu zeigen, nämlich die gegenseitige Abgrenzung gegenüber den Wünschen der großen Grundbesitzer. Eine sozialdemokratische Intervention gegen die Potsdam-Konferenz beantwortet Herr Müll mit einem nachsichtigen, den Rednerarten und seiner lässlichen Unterwerfung unter die Präsidentschaft. Und die Reichswehr? Herr Gehler schreit Arise und beteuert auch sonst überall treuehuldig, es wäre alles in höchster Ordnung, und man hört nicht, daß Demokraten und Zentrum das Reichswehrproblem um Geld anzuhaken geneigt sind.

So kann es nicht weitergehen. Partei und Volk verlangen Klarheit über Regierung und Verantwortung in der Reichswehr. Ein Regieren mit nachlässigen Absichten ist unzulässig; erst recht nicht ein Regieren gegen die geistigen und materiellen Forderungen der sozialistischen Klassen.

Mark
phon-
apparat
Fabrikat
Platten
2,00
Haus
riebe
straße
ao
Felle
Handlung
11
nke?
er